

STAATSARCHIV HAMBURG

213-13 Langenernt Hamburg -
Wiedergutmachung

7651


REGIS GmbH

Art.-Nr. 37500-HAM3
Einschlagmappe gemäß ISO 16245

Termine:

18.7.1031
18.2.55, 9/12
4.3.55, 18/4
25.3.55, 10

Landgericht Hamburg
Wiedergutmachungskammer

Rückerstattungssache

Wallersteiner, Elsa (jetzt: Wallerstein)

Berechtigte

Bevollmächtigte: Dr. jur. Hans Strauss, 52, Wall-Street
per Aut. (R. 306) heute Mannheim
New York, 5, 15. II (Bl. 24)
gegen N. Bf.

Vollmacht Bl. 12

H. Reich

Rückerstattungs-
pflichtige

Bevollmächtigte:

Vollmacht Bl.

Betr. Rückerstattung:

Umzugsgut

Wertfestsetzung Bl.

Weggelegt 19 57

- Aufzubewahren: - bis 19 86

- dauernd -

WiK

1952

1/2 27/5

Hiermit verbunden 2 WiK 195/53

9. Juli 1952

MGA/C

This Form should be completed in triplicate and forwarded to the Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone), Bad Nenndorf, Land Niedersachsen.
Dieser Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone) Bad Nenndorf, Land Niedersachsen, einzureichen.
In cases where the space provided is insufficient, a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph, should be annexed.
Reicht der vorgesehene Raum nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Unterabsatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

CLAIM FOR RESTITUTION OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN ACCORDANCE WITH PARAGRAPH I OF GENERAL ORDER No. 10

Antrag auf Rückerstattung von Vermögen, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt.

Location of Property / Örtliche Lage des Vermögens

(a) Land Hamburg (b) Kreis Hamburg (c) Gemeinde Hamburg

Description of Person making Claim / Personalien des Antragstellers

(a) Surname (in Block Capitals) WALLERSTEINER (jetzt (b) Christian Name(s) Else (Leopolds
Familiennamen (in großen Blockbuchstaben) Wallerstein) Vorname(n) Witwe)
(c) Address New York 25 N.Y. 885 West End Avenue
(d) Date and Place of Birth unbekannt, Laupheim (e) Nationality USA
Geburtsdatum und Geburtsort Staatsangehörigkeit
(f) Employment Witwe (g) Identity Card No. -
Beruf Ausweis-Nummer
(h) If not dispossessed owner, state title to make claim -
Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist.

I. IMMOVABLE PROPERTY I. UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

- (a) Description of Property. Estimated value at date of deprivation.
Nähere Bezeichnung des Vermögens. Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme.
- (b) Location of Property
Örtliche Lage des Vermögens
- (c) Registration in Grundbuch or other Register
Eintragung im Grundbuch oder einem anderen Register
- (d) State whether :—
Angaben über Folgendes :
- (i) Confiscation was made without payment ?
Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ?
 - (ii) Sold under duress ?
Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?
 - (iii) If the latter, what payment was made ?
Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?
- (e) Name and present address of person to whom transfer was made (if known)
Name und jetzige Anschrift der Person, auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)
- (f) Name and present address of present owner (if known, and different from (e)).
Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

Any other relevant details
Sonstige sachdienliche Angaben

II. MOVABLE PROPERTY / BEWEGLICHES VERMÖGEN

(a) Description of Property
Nähere Bezeichnung des Vermögens

Estimated value at date of deprivation
Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme

2 Lift (L.W.2048-49), enthaltend Umzugsgut z.Zt. unbekannt

(b) Location of Property
Örtliche Lage des Vermögens

Im Freihafen Hamburg auf Lager

(c) Registration (if any)
Etwaige Eintragung in ein öffentliches Buch oder Register

(d) State whether :—
Angaben über Folgendes :

(i) Confiscation was made without payment ? nein
Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ?

(ii) Sold under duress ? ja
Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?

(iii) If the latter, what payment was made ? 0
Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?

(e) Name and present address of person or persons to whom transfer was made (if known)
Name und jetzige Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)

wahrscheinlich durch die ehemalige Gestapo beschlagnahmt und verkauft.

(f) Name and present address of present owner (if known and different from (e))
Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

Oberfinanzpräsident Hamburg

(g) Name and present address of person or persons who may have knowledge of the present whereabouts of property
Name und jetzige Anschrift von Personen, die von dem Verbleib des Vermögens Kenntnis haben können

derselbe Hamburg 11, Rödingsmarkt 83

(h) Any other relevant details
Sonstige sachdienliche Angaben

0

NOTE. In the case of a claimant resident *outside* Germany, give full particulars of the person *inside* Germany to be nominated by him to accept service of legal papers and notices on his behalf (if no such person is nominated by the claimant an Agent will be appointed by the Restitution Authority on his behalf).

Bemerkung :

Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, genaue Bezeichnung eines in Deutschland lebenden Vertreters, der ermächtigt ist, für ihn amtliche Papiere und Mitteilungen in Empfang zu nehmen. (Wird vom Antragsteller kein Vertreter benannt, so bestellt die Wiedergutmachungsbehörde einen solchen.)

Bevollmächtigter: Oskar Mayer, (14a) Ulm/Donau, Kernerstrasse 3

Württ. - / US-Zone

I/We certify that the above statement is true according to my/our knowledge and belief.
Obige Angaben entsprechen nach meinem/unserem besten Wissen und Gewissen den Tatsachen.

Signed
Unterschrift

Oskar Mayer

Date
Datum

14. April 1949

2 Lysen mit Unversorgte

Auf Liste "H 1" übertragen

29/9. 50.

30
1/18 Leland

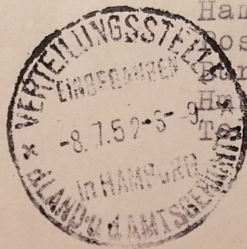
not
-3. Okt. 1959.

erhalten sein. Im dem Bundesgesetz, welches zur
tet wird, muß natürlich eine Zahlung in D-Mark

Betr.: Ihre Wiedergutmachungsansprüche des der
New York 25, N.Y.

Oberfinanzdirektion Hamburg
W 36 -BVuBA- 117

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g



Hamburg 13, den 28. Juni 1952
Postanschrift Hartungstr. 5
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a
Tel.: 34 10 04

Betr.: Rückerstattungssache Else Wallersteiner
Bezug: Dort. Schreiben vom 13.6.1952 Az.: VI Z 2715

Zu dem mir mit Bezugsschreiben übersandten Antrag nehme ich wie folgt Stellung.

Umzugsgut:

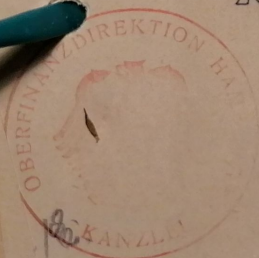
Nach einem in meinen Listen befindlichen Vermerk ist das Umzugsgut der Berechtigten am 6.9.1941 von C. Schlüter für RM 8.287,80 versteigert worden. Weitere Unterlagen befinden sich nicht in meiner Akte. Ich bin bereit, einem RM-Feststellungsbeschluß in Höhe von RM 14.500,- zuzustimmen, wobei ich dem Beschluß hinzuzufügen bitte, daß die Erfüllung des Anspruchs sich nach der künftigen bundesgesetzlichen Regelung der Reichsverbindlichkeiten richtet.
Zeitpunkt der Entziehung: 6.9.1941.

beglaubigt:

Kapp

Kanzleiangestellte

Im Auftrag
gez. Dr. Horstkotte



6. Ein Feststellungsbeschluß in D-Mark, wie er von manchen Berechtigten gewünscht wird, kann zur Zeit nicht erfolgen, da die Rechtsprechung der oberen Gerichte nicht ent-

2. Wik 299/52

Oberfinanzdirektion Hamburg

W 36 - BV - 414

An das
Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg
H a m b u r g

- 9. FEB. 1953

Hamburg 13, den 4. Febr.
Postanschrift Hartungstr.
Büro Wiedergutmachung:
Hmb 13, Magdalenenstr. 64a
Tel.: 34 10 94

Drehschreiber an Abt.

6. März 1953

Betr.: Rückerstattungssache Else Wallerstein nach eigenem Recht
Bezug: Mein Schreiben vom 28.6.1952 Ihr Az.: VI/Z 2715

Zu dem Antrag gemäß Bezugsschreiben wird wie folgt Stellung genommen:

Umzugsgut:

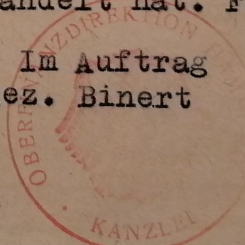
Mit meinem o.g. Schreiben habe ich irrtümlicherweise den Erlös der Versteigerung des Hausstandes des Leopold Wallersteiner für Else Wallersteiner gemeldet. Erst jetzt bei der Erledigung des Anspruches der Else und Ann Wallerstein, dortiges Az.: VI/Z 5235, hat sich herausgestellt, daß das Umzugsgut für Leopold Wallerstein versteigert worden ist.

Mein Einverständnis vom 28.6.1952 nehme ich daher zurück.

Ich bitte um Mitteilung, ob Frau Else W. die Ehefrau des Herrn Leopold W. ist und die Ansprüche für den gemeinsamen Hausstand gestellt hat, oder ob es sich um einen eigenen Hausstand gehandelt hat. Für Else Wallerstein sind keine Unterlagen vorhanden.

Im Auftrag
gez. Binert

begeleitet:



Kanzleiangestellte

HANS STRAUSS
THIRTY PINE STREET
NEW YORK 5, N. Y.
WHITEHALL 3-2160
3-3998
CABLE ADDRESS: STRAYORK



17. April 1951

Landgericht
Wiedergutmachungskammer
Hamburg

1.) Abgift an O.F.D.
zur Meltinghausen.

2.) 1 Klement.

7.22./4.

In Sachen

Wallerstein ./ Deutsches Reich
2 Wi K 799/52 verbunden mit
2 Wi K 122/53

trage ich für die Antragstellerin vor:

1.) die Antragstellerin Else Wallerstein ist die alleinige Erbin des verstorbenen Kaufmanns Leopold Wallerstein. Testamentsvollstreckerin ist dessen Tochter Ann Wallerstein: Erbschein und Testamentsvollstreckenerzeugnis des Amtsgerichts Ulm werden vorgelegt werden. Die Testamentsvollstreckerin hat den geltend gemachten Anspruch der Antragstellerin gemäss Par. 2217 BGB. zur alleinigen Geltendmachung ueberlassen.

2.) Aus dem Schriftsatz des Antraggegners vom 4. 2. 1953 (VI/Z 2715) ergibt sich ein Versteigerungserloes von RM 305.- fuer 4 Gemaelde und RM 10,307.90 fuer Haushaltsgut, zusammen also RM 10,612.90. Das steht im Widerspruch zu den fruheren Mitteilungen des Antraggegners, wonach der Versteigerungserloes nur RM 8,287.80 betragen haette. Die letztgenannte Summe ergibt sich nicht einmally wenn man die unzulessigerweise abgesetzten Provisionen und Packerspesen mit RM 17.55 und RM 615.25 in Abzug bringt.

Selbst dann verbleibt ein Reinerloes von RM 9980.10 . Selbst bei weiterem Abzug der unter dem Titel " Kauf Sozialverwaltung " angefuhrten Summe von RM 771.50 (der selbstverstaendlich ebenfalls unzulessig waere) verbleibt immernoch ein Gesamterloes von 9208.60.

Das Deutsche Reich wird aufgefordert unbeschadet der derzeitigen Aussetzung des Verfahrens zu diesen unaufgeklarten Differenzen Stellung zu nehmen.

3.) Es erscheint zwar nicht wahrscheinlich, dass eine Verwechslung mit einem weiteren Entziehungsfall vorliegt, der sich in Bremen abgespielt hat. Trotzdem ueberreiche ich die anliegenden Beschluesse der dortigen Wiedergutmachungskammer und des Wiedergutmachungs Senats vom 17.1./27.7. 1951 (3 W 102/51 (W) / OR 4060/50 (W) .

Abschrift anbei.

HANS STRAUSS

Aktenzeichen:
O H 1060/50 (W)

Ausfertigung von Bl. 48/53

Verkündet am:
31. Januar 1951

gez. M. Meyer
als Urkundsbeamtin
der Geschäftsstelle

B e s c h l u s s .

In dem Rechtsstreit

des Fräuleins Ann Wallerstei n als Testamentsvollstreckerin
über den Nachlass des am 4. Juli 1946 in New York verstorbenen Kaufmanns
Leo S. Wallerstein, wohnhaft 885 West End Avenue, New York City, N.Y. USA,
Antragstellerin,

-Prozessbevollmächtigter: Dr. jur. Hans Strauss, 30 Pine Street, New York,
N.Y., USA z. Zt. (17a) Mannheim N 5, 11, p. A. RA. Josef Gentil -
g e g e n

- 1) das Deutsche Reich, vertreten durch die Freie Hansestadt Bremen, diese
vertreten durch den Senator für die Finanzen,
- 2) die Freie Hansestadt Bremen, vertreten durch den Senator für die
Finanzen,

-Prozessbevollmächtigter: Assessor Kraut in Bremen -
hat die 1. Wiedergutmachungskammer des Landgerichts in Bremen auf die
mündliche Verhandlung vom 17. Januar 1951 durch
den Richter Dr. Johannes Müller,
den Richter Friedmann,
den Rechtsanwalt Schilling

für Recht erkannt:

Der Antragsgegner zu 1) wird verurteilt,
5.112,92 DM nebst 4 % Zinsen jährlich seit dem 17. Mai 1950 an die An-
tragstellerin zu zahlen.

Im übrigen wird der Rückerstattungsanspruch zurückgewiesen.
Gerichtskosten werden nicht erhoben. Jede Partei trägt ihre aussergericht-
lichen Kosten.

Der Beschluss ist vorläufig vollstreckbar.

Eine Leistung oder eine Zwangsvollstreckungsmassregel auf Grund dieser
Entscheidung ist nur zulässig mit Zustimmung des Hohen Kommissars der
Vereinigten Staaten von Amerika.

G r ü n d e :

Der jüdische Kaufmann Leo S. Wallerstein wanderte 1939 von Deutschland
nach Amerika aus. Sein Umzugsgut, in der Hauptsache Kleider, verpackte
er in einem Lift von. Der Lift von gelangte zur Verschiffung nach Bremen.
Hier blieb er jedoch infolge des einsetzenden Krieges liegen und wurde
1941 von der Gestapo beschlagnahmt und zur Versteigerung gebracht. Der
Erlös von 5.112,92 RM wurde zugunsten des Deutschen Reiches eingezogen.
Herr Wallerstein ist am 4. Juli 1946 in New York gestorben und von
seiner Witwe Frau Elsa Wallerstein, geborenen Bergmann, beerbt worden.
Zur Testamentsvollstreckerin hat er seine Tochter Ann Wallerstein ernannt.
Witwe und Tochter begehren Schadensersatz wegen der Entziehung des
Liftvons nach dem Rückerstattungsgesetz. Da der Anspruch der Verwaltung

der Testamentsvollstreckerin unterliegt, hat die Kammer ihr die Rolle der Antragstellerin zugeteilt (§ 2212 BGB).

Vor der Wiedergutmachungsbehörde ist die Antragsgegnerin zu 2) als Partei gemäss Art. 61 Abs. 1 Satz 4 REG aufgetreten und hat durch Schriftsatz vom 17. Mai 1950 (Bl. 24) den Anspruch in Höhe von 5.112,92 DM für das Deutsche Reich anerkannt.

Die Antragstellerin hat vor der Wiedergutmachungsbehörde beantragt:

- 1) durch Beschluss gemäss Art. 62 Abs. 1 REG dem schlüssigen Antrage gegen das Deutsche Reich stattzugeben;
- 2) das Land ~~Bayern~~ anzuweisen, an die Antragstellerin 5.112,92 DM nebst 4 % Zinsen seit dem 17. Mai 1950 zu zahlen,

hilfsweise:

unter Beschränkung der Haftung des Landes ~~Bremen~~ auf diejenigen Vermögenswerte, die es kraft Gesetzes oder tatsächlich aus dem Vermögen des Deutschen Reichs übernommen oder durch Vereinnahmung von dem Deutschen Reich gebührenden Steuern und Zöllen erlangt hat.

Die Antragstellerin legt den Art. 61 REG folgendermassen aus: Der Staatsminister der Finanzen sei Zustellungsempfänger für diejenigen Ansprüche, die sich gegen das Reich richten. Durch die Zustellung werde der Anspruch rechtshängig. Da nun das Reich kein Organ habe, das Widerspruch im Sinne des Art. 62 erheben könne, und da weder der Staatsminister der Finanzen noch das Land zur Vertretung des Reichs befugt seien, müsse gegen das Reich ein Versäumnisbeschluss nach Art. 62 Abs. 1 ergehen. Sofern das Land nach Art. 61 Abs. 1 Satz 4 als Partei im Verfahren auftrete, hafte es für die Verbindlichkeit des Reichs, jedenfalls bis zu dem Betrage der vom Reich übernommenen Vermögenswerte.

Die Antragsgegnerin zu 2) ist dieser Meinung entgegengetreten und hat gebeten, den Anspruch zurückzuweisen, soweit er sich gegen sie richtet.

Die Güteverhandlung vor der Wiedergutmachungsbehörde ist gescheitert. Vor der Kammer haben die Parteien nichts Neues vorgetragen. Im einzelnen wird zur Sachdarstellung auf die Schriftsätze verwiesen.

Die Kammer sieht die Freie Hansestadt ~~Bremen~~ im Rückerstattungsverfahren für den gesetzlichen Vertreter des Deutschen Reiches an. Dies ergibt sich aus einer Betrachtung der Art. 61 und 62 REG.

Art. 61 Abs. 1 Satz 3 geht davon aus, dass das Deutsche Reich ebenso wie die anderen dort genannten Körperschaften im Rückerstattungsverfahren beteiligt sein und belangt werden kann. Wenn man hierauf einen Ausdruck des Zivilprozessrechts anwenden will, so kann man sagen, dass diese Vorschrift die Parteifähigkeit des Deutschen Reiches bestimmt. Die Frage, ob das Deutsche Reich im Sinne des Staats- und des Völkerrechts fortbestehe, kann mithin für das Rückerstattungsverfahren auf sich beruhen.

Die Organisation des Reichs und seine Organe sind beseitigt. Doch leuchtet es ein, dass das Gesetz, indem es die Parteifähigkeit des Deutschen Reichs statuiert, nicht auf halbem Wege stehen bleiben und die Verfolgung des Anspruchs daran scheitern lassen wird, dass keine Stelle vorhanden ist, der man die Anmeldung zustellen könnte. Deshalb bestimmt

Art. 61 Abs. 1 Satz 3 des weiteren, dass die Zustellung an den Staatsminister der Finanzen zu erfolgen hat, wenn das Deutsche Reich beteiligt ist. Mit der Zustellung ist der Rückerstattungsanspruch rechtshängig (Art. 61 Abs. 3). Wird in einem derartigen Fall innerhalb der Erklärungsfrist des Art. 61 Abs. 1 Satz 1 kein Widerspruch erhoben, so hat die Wiedergutmachungsbehörde

durch Beschluss dem Antrage stattzugeben, soweit er schlüssig dargetan ist. (Art. 62 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1). Diese Regelung entspricht dem Versäumnisverfahren des Zivilprozesses.

Das Gesetz hat aber darauf Bedacht genommen, dass es im Interesse der Gerechtigkeit geboten sein könnte, einen gegen das Deutsche Reich rechtshängig gemachten Anspruch zu widersprechen. Deshalb ist das Land, dem der als Zustellungsempfänger bestimmte Staatsminister der Finanzen angehört, berechtigt, als Partei im Verfahren aufzutreten (Art. 61 Abs. 1 Satz 4). Es darf also für das Deutsche Reich alle Rechtsbehelfe gegen den Anspruch geltend machen, die nach der Sachlage geboten sind.

Die Bedeutung dieser Gesetzesstelle wird erst dann recht klar, wenn man sie von zwei Seiten aus betrachtet: von Seiten des Landes und von Seiten des Berechtigten.

Das Land ist befugt, im Verfahren aufzutreten und die Rechte des Reichs wahrzunehmen. Tut es das nicht, so treten gegebenenfalls Nachteile für das Reich, aber niemals für den Berechtigten ein. Das Gesetz will nicht etwa, indem es von einer Berechtigung des Landes zum Auftreten als Partei spricht, es in dessen Hand legen, ob es durch sein Auftreten das Reich prozessfähig machen und damit das Verfahren überhaupt ermöglichen wolle. Denn erhebt das Land bei der Wiedergutmachungsbehörde keinen Widerspruch, so nimmt das vorhin erwähnte Versäumnisverfahren seinen Lauf, und widerspricht es, tritt aber vor der Wiedergutmachungskammer nicht auf, so wird ohne es nach den Grundsätzen des Verfahrens in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit verhandelt (Art. 67 Abs. 2).

Die Bedeutung des Art. 61 Abs. 1 Satz 4 von Seiten des Berechtigten aus gesehen besteht darin, dass er verpflichtet ist, das Land als Verfahrensgegner zu dulden. Denn ohne diese Bestimmung könnte er dem sich in das Verfahren einmischenden Lande entgegenhalten, dass zwar der Finanzminister Zustellungsempfänger sei, aber das Land in dem Verfahren nichts zu suchen habe, da es nicht Organ des Reiches sei; und er könnte (vor der Wiedergutmachungsbehörde) darauf bestehen, dass ein Versäumnisbeschluss nach Art. 62 Abs. 1 erlassen werde.

Der Sinn des Art. 61 erschöpft sich in dieser rein verfahrensrechtlichen Regelung, und es bedarf kaum des Hinweises darauf, dass sich die Vorschrift in dem Abschnitt des Gesetzes über das Anmeldeverfahren befindet. Namentlich besagt Art. 61 also nicht, dass das betreffende Land Rechtsnachfolger des Reichs wäre, und es ist auch kein ausreichender Anhalt dafür vorhanden, dass es die Stellung einer Partei kraft Amtes nebst einer entsprechenden Haftung mit dem ihm unterstehenden Reichsvermögen hätte oder dass es sich in Prozessstandschaft für das Deutsche Reich befände. Am besten wird man der Sache gerecht, wenn man das Land als gesetzlichen Vertreter des organlosen, sozusagen unmündigen deutschen Reiches auffasst. Freilich steht damit nicht ganz im Einklang der Wortlaut des Art. 61 Abs. 1 Satz 4. Denn wer gesetzlicher Vertreter der Partei ist, ist eben nicht Partei. Aber es scheint hier eine nicht ganz einwandfreie Übersetzung des englischen Textes vorzuliegen. Im Englischen heisst nämlich die Stelle: the State shall be authorized to join proceedings as a party in interest, was doch wohl bedeutet, dass der Staat berechtigt sei, so zu verfahren wie eine Partei. Mithin erscheint es vertretbar, sich von dem deutschen Gesetzestext etwas zu lösen und dem Lande die Rolle zu verleihen, die es nach dem Sinne des Gesetzes spielt, und das ist die des gesetzlichen Vertreters. Die Kammer tritt somit der Meinung des Oberlandesgerichts in Hamburg bei (RzW. 1949/50 Heft 12 S. 378 Nr. 15). Dementsprechend ist das Reich als durch das Land Bremen vertreten im Rubrum des Beschlusses bezeichnet worden.

Der Rückerstattungsanspruch gegen den Antragsgegner zu 1) ist begründet. Dieser ist verpflichtet, 5.112,92 DM an die Antragstellerin zu zahlen.

Seine Verpflichtung hierzu beruht auf den Art.2 und 30 REG. Das in dem Liftvan untergebrachte Umzugsgut, ein feststellbarer Vermögensgegenstand, ist Herrn Wallerstein aus Gründen der Rasse durch einen unrechtlichen Staatsakt weggenommen worden (Art.2 Abs.1b). Dieser Rechtsbruch stellt nach der ständigen Rechtsprechung der Kammer, die von dem Hanseatischen Oberlandesgericht in Bremen gebilligt wird, eine schwere Entziehung dar (Art.30). Für den entstandenen Schaden hat das Deutsche Reich einzustehen nach den Vorschriften des Bürgerlichen Rechts über den Schadensersatz wegen unerlaubter Handlung.

Über die Höhe des Schadensersatzes sind sich die Parteien einig. Der Antragsgegner zu 1) ist daher, nachdem das Gesetz Nr.2 der amerikanischen Militärregierung aufgehoben ist, zur Zahlung verurteilt worden. Der Umstand, dass eine solche Entscheidung zurzeit nicht vollstreckbar ist, steht dem nicht entgegen; denn die Frage der Vollstreckbarkeit hat auf die Leistungspflicht keinen Einfluss (OLG Bremen, Beschluss vom 25. Oktober 1950 in I W 45/49; a.A. OLG Frankfurt in RzW.1949/50 S.278 und 306.)

Die Zinspflicht ergibt sich aus den §§ 849,246 BGB.

Der Antrag, die Antragsgegnerin zu 2 für haftbar zu erklären, ist unbegründet.

Aus Art.61 REG lässt sich eine derartige Haftung nicht herleiten. Das ist gleich zu Anfang bei der Besprechung dieser Vorschrift gesagt worden.

§ 419 BGB ist auf die Vorgänge unanwendbar, die dazu geführt haben, dass die Länder je einen Teil des Reichsvermögens innehaben. Zwar nicht deshalb, weil es an einem Übernahmevertrage fehlt; denn nach dem Zweck des § 419 ist eine entsprechende Anwendung des darin aufgestellten Grundsatzes auf Fälle eines nicht vertragsmässigen Vermögensübergangs nicht ausgeschlossen (RGRK.9.Aufl., § 419 Anm.1; RAG.13/271 ff. (281); RG in JW.1937 S.1059 Nr.7). Auch nicht deshalb, weil das Vermögen nicht von einem Lande im ganzen, sondern von allen Ländern teilweise übernommen worden ist (RGZ.123/53). Aber der Grundsatz des § 419 BGB greift nicht Platz bei öffentlich-rechtlichen (hier staatsrechtlichen) Verhältnissen (RGZ.68/216 f.130/178).

Auch eine beschränkte Haftung der Antragsgegnerin zu 2), etwa nach Art.IX des Gesetzes Nr.19 der amerikanischen Militärregierung, lässt sich nicht begründen. Art.I dieses Gesetzes erklärt alle Vermögensgegenstände des Reichs in der amerikanischen Zone für Eigentum der amerikanischen Militärregierung. Art.IV überträgt gewisse Teile dieses früheren Reichsvermögens auf die Länder zu treuen Händen. Nach Art.VIII. geht das in Art.IV nicht erfasste Vermögen (in erster Linie das frühere Wehrmachtseigentum) als freies Eigentum auf die Länder über. Sodann bestimmt Art.IX:

Das Eigentum geht auf den Erwerber von Vermögenswerten nach Massgabe dieses Gesetzes über mit allen am Tage der Übertragung bestehenden Belastungen und Haftungen bis zu dem Betrage, der dem Wert dieses Eigentums gleichkommt.

Daraus geht hervor: Art.IX bezieht sich ausschliesslich auf Vermögenswerte, über die Art.IV keine Bestimmung trifft (Wehrmachtseigentum), und ordnet eine der Art und dem Betrage nach beschränkte Haftung des Übernehmers an. Der Art nach insofern, als die Belastungen und Haftungen

in Bezug auf das übernommene Eigentum bestehen müssen. Darunter fallen alle dinglichen Lasten, alle öffentlich-rechtlichen Belastungen und sämtliche schuldrechtlichen Verbindlichkeiten, die im Zusammenhange mit dem übertragenen Vermögensgegenstand entstanden sind. Der Höhe nach haftet das Land nur bis zu dem Betrage, der dem Werte des betreffenden Vermögensgegenstandes gleichkommt.

Da im vorliegenden Falle kein Eigentum im Sinne des Art. VIII vorhanden ist, das die Antragsgegnerin zu 2) übernommen hätte und mit dem der Schadensersatzanspruch in Zusammenhang stünde, kommt eine Haftung des Landes Bremen nicht in Betracht.

Ein sonstiger Rechtssatz, wonach das Begehren der Antragstellerin gerechtfertigt sein könnte, ist nicht ersichtlich.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 72 REG und den §§ 1, 2 der bremischen Kostenverordnung zum Rückerstattungsgesetz.

Nach Art. 68 REG ist die Entscheidung für vorläufig vollstreckbar erklärt worden.

Die Einschränkung in Bezug auf die Vollstreckbarkeit ist durch die Bestimmung Nr. 2 Abs. b des Besatzungsstatuts gerechtfertigt, wonach Kontrollmassnahmen der Hohen Kommissare vorbehalten sind hinsichtlich ausländischer Vermögenswerte in Deutschland und vermögensrechtlicher Ansprüche gegen Deutschland.

1.) gez. Müller Friedmann Schilling

2.) Für die Ausfertigung
Unterschrift, Justizangestellter
als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle des Landgerichts

Bk.

Oberfinanzdirektion Hamburg
W 36 - BV 414

Hamburg 13, den 29. April 1953
Postanschrift: Hartungstrasse 5
Tel.: 34 10 04 App. 586

29

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer
H a m b u r g 36,
Sievekingplatz



In der Rückerstattungssache

- 2 WiK 799/52 und 122/53
VI/Z - 2715 - 5235

W a l l e r s t e i n e r

Bevollmächtigter: Hans Strauß

Antragsteller,

gegen

das Deutsche Reich, gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg - Finanzbehörde -, diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion Hamburg,

Antragsgegner,

wird zu dem mit dem dortigen Schreiben vom 22.4.53 übersandten Schriftsatz der Antragstellerinnen vom 17.4.53 folgendes erwidert:

Zu 2)

Der in meinem Schreiben vom 28.6.52 mitgeteilte Betrag von 8.287,80 RM ist der Betrag, der s.Zt. an die Gestapo überwiesen wurde. Eine Aufklärung, wie dieser Betrag sich zusammensetzt, ist nicht mehr möglich.

Im übrigen verweise ich auf meine Stellungnahme im Schreiben vom 4.2.52 zum Az.: VI/Z - 5235.

Im Auftrag

(Sillem)

V.
1) Durchschläge an Ass
mit der Auflage, Erbscheine
und Testamentvollstreckungs-
zeugnis vorzulegen sowie die
Erklärung der Test. Vollstreckern
gem. § 2217 Abs.
Es kann i. Monat: - 6. Mai 1953

21.4.53
2/5.53 Pl.
ab. Q

28.4

Abschrift

Ausfertigung

Nachlassgericht Ulm
Beschluss vom 25. Juni 1948

E r b s c h e i n

Alleinerbin des am 4. Juli 1946 in New York (USA) verstorbenen

Leo S. W a l l e r s t e i n (fr. Wallersteiner),
Fabrikanten in New York, fr. in Ulm, Ensingerstr. 3,

ist seine Witwe

Frau Elsa W a l l e r s t e i n geb. Bergmann,
wohnhaft 885 West End Avenue, New York, New York.

Ein Testamentsvollstrecker ist ernannt.

Dieser Erbschein ist auf das inländische Vermögen beschränkt.

Das Vermögen ist von der Militär-Regierung gesperrt. Jedes auf dieses Vermögen oder auf einen seiner Bestandteile sich beziehende Rechtsgeschäft ist null und nichtig, es sei denn, dass das Rechtsgeschäft durch die Militär-Regierung genehmigt ist.

Bezirksnotar
gez. Reichle

Ausgefertigt !

Ulm, den 25. Juni 1948
Nachlassgericht
Bezirksnotar

(L.S.) (gez.) Unterschrift



Für richtige Ausfertigung: *Abdruck*

[Handwritten signature]
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Oberfinanzdirektion Hamburg
W 36 - BV - 414

Hamburg 13, den 18. Juni 1953

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer
H a m b u r g 36
Sievekingplatz



(dreifach)

In der Rückerstattungssache
- 2 WiK 799/52 verb. mit 122/53 -
VI/Z 2715 - VI/Z 5235

W a l l e r s t e i n e r ,
Bevollmächtigter: Dr. jur. Hans Strauß,

Antragsteller,

gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt Hamburg
- Finanzbehörde -, diese vertreten durch die Oberfinanzdirektion
Hamburg,

Antragsgegner,

wird auf die dortige Verfügung vom 11.6.1953 zum Schriftsatz
des Vertreters der Antragstellerin vom 8.6.1953 erklärt:

Maßgeblich für das Angebot von RM 18.500,- (vgl. diesseitigen
Schriftsatz vom 4.2.1953 - dort. Aktenzeichen VI/Z 5235) ist der
Brutto-Versteigerungserlös von RM 10.612,90 unter Anwendung
eines Multiplikators von 1,75.

Dieser Bewertungsmaßstab entspricht den in ständiger Praxis
angewandten Grundsätzen.

Im Auftrag

V.
1) Durchschläge an ~~Gericht~~ Ast. (Sille)

2) Verhandlungstermin

den 28. 7. 1953 10³⁰ Uhr
Hamburg, den 26. Juni 1953

Der Vorsitzende
der Wiedergutmachungskammer 2

Flourens

mt.
Zu 1) bef.
Zu 2) geladen, Gegner in Akk.
29/6.53. Fr.
ab G

45

Vorgelegt nach Fristablauf:

Hamburg, den 28. Feb. 1954

42

HANS STRAUSS
THIRTY FINE STREET
NEW YORK 5, N. Y.
WHITEMALL 3-2130
5986
CABLE ADDRESS: STRAYORK

Vm.
1) Abschrift an Agg.
2) nach 3 Wochen
zu 17 ab
16/12.53

M. 2 Wochen
Beweisbesuch
17/12.53
Hkg 2 II 54

9. Dezember 1953

Vorgelegt nach Fristablauf:

Hamburg, den 11. Jan. 1954

Landgericht
Wiedergutmachungskammer
Hamburg

Vorgelegt nach Fristablauf:

Hamburg, den 2. Feb. 1954
In Sachen

M. 2 Wochen (Bew. Bes.)
Hkg 11.1.54



Wallerstein ./.. Deutsches Reich
2 WIK 799/52 (2 WIK 122/53)

trage ich in Erledigung der Auflage zu I des Beschlusses vom 31.7.1953 vor.

I.

Die Antragstellerin Elsa Wallerstein war nicht zugegen, als die beiden Lift-
vans verpackt wurden. Sie war bereits nach England ausgewandert.

II.

Zeugen der Verpackung waren: Frau Tilde Mayer, Ulm, Kernerstrasse 3 und ein
Herr Hommel, dessen Anschrift zur Zeit nicht bekannt ist, jedoch moeglicher-
weise durch den Rechtsbeistand Berthold Wolf in Ulm ermittelt werden kann.

III.

Soweit sich die Antragstellerin noch entsinnt, gibt sie folgende Beschreibung
hinsichtlich der Teppiche, die sich saemtlich in bester Verfassung befunden
haben sollen:

- 1 Taebris - 6 x 4 1/2 - 1924 fuer etwa RM 3000.- gekauft
- 1 weiterer Teppich - 3 x 4 - von Hahn & Bach, Muenchen - 1921 fuer etwa
RM 1200 gekauft.
- 1 weiterer Teppich - 3 x 4 - gekauft von Bernheimer, Ulm - Jahr nicht
mehr erinnerlich
- 1 weiterer Teppich - 3 x 4 - gekauft 1904,
sowie eine erhebliche Anzahl kleinerer Teppiche und Bruecken, saemtlich
persischer bzw. orientalischer Herkunft.

Die Antragstellerin schaeztzt den Kaufpreis fuer alle Teppiche mit etwa RM 10,000
bis 12,000.-.

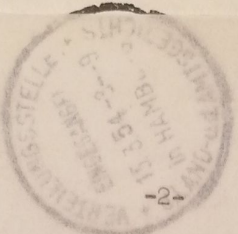
zu 17 ab
S) nun Stellung
gebeten
ab 21.3.54

1) Auftrag bei Rechtsbeistand Wolf in
Ulm nach der Adresse der d. d. d. d. d.
fernannten Zeugen für die Verpa
Ertrag der verbleibenden Kompensate
M. 2 Wochen (Beweisbesuch)
2) Agg an Stellung zu erinnern
Hkg 26.1.54

20

45

43



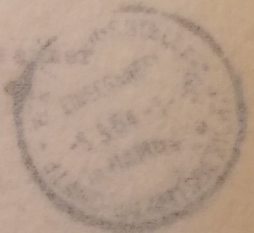
IV.

Hinsichtlich der Gemaelde erinnert sich die Antragstellerin, dass eines derselben, ein Stadtbild von Geigenberger RM 300.- gekostet hat. Ein anderes Gemaelde stellte eine Winter Landschaft dar und stammte von Veith, Goeppingen. Ein drittes Gemaelde von Breith war ein Tierbild. Alle fuenf Gemaelde duerten etwa RM 2000.- im Anschaffungspreis gekostet haben.

Abschrift anbei.

HANS STRAUSS

HS/ah



2 WIK 799/52 - VI/2.2715
2 WIK 122/53 - VI/2.2715

In den Ruckersatzverfahren
Wallerstein, ...
wurde ich mit dem Schreiben vom 28.8.1934, das
Abschrift des von der Antragstellerin benannten Leuten, die
Verpackung des verletzten Umzugsguts angaben.

Ich bin mir nicht bewusst, für einen Rk-Ber. Wallerstein, ...
Ruckersatzverfahren für verlorenes Umzugsgut beantragt
haben.
Ich bitte um Prüfung, ob die Anfrage bei mir schon
ein Versehen vorzuführen ist, gegebenenfalls bitte
den Namen der Antragstellerin und deren Adresse genau
bezeichnen.

[Signature]
Rechtsbeistand

- 1) Antw. an Adv. E. Leventis
- 2) Zur Frist: 8.44

16/3.34

16/3.34

25.

Amtsgericht

Ulm(Donau)

Ulm(Donau) den 25.5.54. 50

Aktenzeichen: 2 WiK 799/52

In Sachen

Aktenzeichen des ersuchten Gerichts

A. R. Nr. 354/54

Wallersteiner

Anwesend:

Assessor Völmle

als Richter,

Just.Ang.Vollmar

als Protokollführer.

gegen

Deutsches Reich

gegen Wiedergutmachung

erschien in dem zur Beweisaufnahme bestimmten

Termine:

Zunächst der Gerichtskasse — Gerichtszahlstelle —

zum Anschluß der Zweitschriften der Auslagenbelege
(vgl. HRZ. Nr. 707)

sodann mit den Akten nach Erledigung

an die Geschäftsstelle

des Land - gerichts
Wiedergutmachungskammer

Hamburg

I. Seitens der Parteien

1. f.d. Kläger niemand

2. f.d. Beklagte niemand

Ulm(Donau) den 25.5.54.

Amtsgericht

Beilagen wie übersandt.

Assessor.

II. Die Zeugen — Sachverständigen —

Mayer, Mathilde,

Wiedmann, Wilhelm.

An Auslagen werden mitgeteilt:

Zeugengebühren	DM	Pf
Sachverständigengebühren	DM	Pf
Postgebühren	DM	Pf
zus.	DM	Pf

Nachdem die Zeugen — Sachverständigen —
auf die Strafbarkeit der Eidesverletzung und der vorsätz-
lich falschen uneidlichen Aussage hingewiesen worden war,
wurde — und zwar die Zeugen einzeln und in
Abwesenheit der später abzuhörenden Zeugen — wie
folgt vernommen:

— Die Zweitschrift der Auslagenbelege ist angeschlossen —
Gerichtskasse — Gerichtszahlstelle —

Nr. 283 Zeugen- und Sachverständigen-Vernehmung durch einen
ersuchten Richter (§ 160, Nr. 3, §§ 362, 375, 391 ff Z.P.O.).
5.50 L. L. 25000

2 Akte

z.P.:

Ich heisse Mathilde M a y e r , 57 J.alt, verh.Hausfrau,
wohnh. in Ulm, Kernerstr.3, i.U.v.

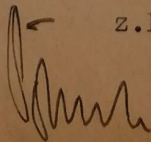
z.S.:

Ich war in der Zeit von etwa 1921 bis etwa 1936 oder 1937 bei der Familie des Leopold Wallersteiner, damals in Ulm, als Kinderfräulein tätig. Wallersteiner wohnte zunächst am Hauptwachtplatz, anschliessend Bismarckring 42 und zuletzt Ensingerstr. Nr.3. Ich habe die Wohnungseinrichtung der Familie Wallersteiner noch in guter Erinnerung und ich weiss auch, dass die Familie Wallersteiner meiner Erinnerung nach im Jahr 1939 ausgewandert ist. Die Familie konnte zunächst nur das mitnehmen, was sie als grösseres Handgepäck mitführen konnte. Wegen des übrigen Umzugsgutes wurde die Firma Barr-Möbelfabrik in Stuttgart beauftragt, die Sachen zu verpacken und weiterzuleiten. Ich selber war nicht dabei, als die Verpackung und der Abtransport erfolgte. Ich habe aber von meinem Ehemann erfahren, dass die Sachen in sogen. Lifts verpackt worden seien und zum Seetransport von Ulm weggebracht worden seien. Die Sachen sollen aber ihren Bestimmungsort nicht erreicht haben, sondern in Deutschland verblieben sein und zwar in irgendeinem Hafen, m.W. in Hamburg und Bremen. Was damit geschehen ist, weiss ich nicht.

Die Einrichtung der Familie Wallerstein bestand aus: 1 Esszimmer, 1 Herrenzimmer, 1 Wohnzimmer, sämtl. aus schwerer Eiche, sehr schön gearbeitet nach eigenen Entwürfen, 1 Elternschlafzimmer aus einem ausländischen Holz mit eingelegten Arbeiten, das meiner Erinnerung nach bes. wertvoll war, ausserdem 1 Tochterzimmer, von dem ich aber nicht weiss, ob es mit zum Transport gelangt ist. Ob die Kücheneinrichtung mit wegtransportiert wurde, weiss ich nicht. Die 3 Wohnräume waren mit wertvollen Bodenteppichen ausgestattet. Genaue Angaben über Grösse Art und Alter der Teppiche kann ich nicht machen, aber sie waren sämtl. gross und haben die Zimmer nahezu ausgefüllt. Es waren grosse Zimmer. Die vorhandenen Gemälde kann ich nicht beurteilen. Es waren m.E. nach Ölgemälde und auch Aquarelle. Ich weiss jedenfalls, dass die Familie Wallersteiner vermögend war und nur wertvolle Gegenstände in ihrer Wohnung hatten.

Nach Diktat genehmigt.

z.B.



10.11.41.

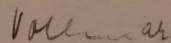
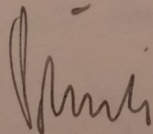
z.P.: Ich heiße: Wilhelm W i e d m a n n , 57 Jahre alt, verh. Taxator, wohnh. in Ulm, Grimmelfingerweg 9, i.ü.v.

z.S.: Ich war in der Zeit, als die Ulmer jüdischen Familien auswandern mussten, verschiedentlich für solche Familien als Taxator tätig. So war ich u.a. auch am 23.4.1939 für eine Frau Stephanie Sara Wallersteiner in Ulm, Keplerstr. 31, tätig. Ausserdem war ich am 8.9.1938 für eine Frau Fanny Wallersteiner, Ulm, Neutorstr. 16, tätig. Für einen Leo Wallersteiner in der Ensingerstr. Nr. 3, war ich m.E. nach nicht tätig. Ich habe bei mir die Unterlagen über die Taxierungen im Auftrag der beiden obengenannten Personen. Ich habe sämtl. Unterlagen über meine Tätigkeit in ~~dem~~ der Zeit noch zur Verfügung, da ich diese im Keller verwahrt habe und sie durch Kriegsschäden nicht verloren gegangen sind.

Sollte es sich bei den von mir vorgenommenen Taxierungen um diejenigen handeln, welche in der vorliegenden Wiedergutmachungssache von Bedeutung sind, so wäre ich bereit, ~~den~~ auch Kosten der Antragsteller Abschriften meiner Kopien über die gesamte Bestandsaufnahme anzufertigen.

Nach Diktat genehmigt.

z.B.



Oberfinanzdirektion Hamburg
W 36 - BV 414

54
Hamburg 13, den 16. Juni 1954
Postanschrift: Hartungstr. 5
Büro Wiedergutmachung:
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a
Tel.: 36 11 91

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer
H a m b u r g 36
Sievekingplatz

(dreifach)



In der Rückerstattungssache

- 2 WiK 799/52 verb.m. 2 WiK 122/53 -

Wallerstein
Vertr.: RA Dr. jur. H. Strauss
z. Zt. Mannheim

./.

Deutsches Reich
(OFD Hamburg)

darf die Oberfinanzdirektion Hamburg in Beantwortung des Schreibens der Wiedergutmachungskammer vom 31.5.1954 nochmals auf Absatz 1 ihrer Ausführungen im Schriftsatz vom 10.3.1954 Bezug nehmen. Es wird gebeten, im vorgetragenen Sinne zu entscheiden.

11 17 R
2 WiK 122/53
53
Im übrigen wird bemerkt, daß der Antragstellerin keine 26 Orientteppiche und 5 Ölgemälde sondern nur die unter den Positionen Nr 142 bis 147 der Abrechnung des Auktionators Schlüter angeführten Teppiche und 4 Ölgemälde entzogen worden sind. Vermutlich ist der Antragstellerin in ihrer Anmeldung vom 1.4.1950 ein Irrtum unterlaufen insofern, als sie hiermit die 26 Decken, die unter den Positionen 282 bis 298 der Versteigerungsabrechnung erscheinen, gemeint hat.

1) Nachr. an Adlin für Erlang. Im Auftrag
mit d. Beförderung von identischen
Veränderungen abzugeben
daß im Lfz 26 echte Teppiche (Sillem)
in 5 Ölgemälden respekt. sind für Anspitzer genehmigt
waren sowie die Art von Teppichen, Bildern, Größe,
Einbaupreis, Alter, Zustand in v. identisch
zu versehen

21. 7. 1. Monat

Hbg 21 VII 53

Vorgelegt nach Fristablauf:

28. Juli 1954

Hamburg, den

21. 7. 1. ab

23/6.54, Bm

1) Abst. an Adlin d.

21. 7. 1. ab

21. 7. 1. ab

21. 7. 1. ab

21. 7. 1. ab

56

MRS. ELSA WALLERSTEIN
48 Wickford Road, New Rochelle
New York, U.S.A.

EIDESSTATTLICHER ERKLAERUNG

Ich, Mrs. Elsa WALLERSTEIN, wohnhaft 48 Wickford Road, New Rochelle, New York, U.S.A., erkläre hierdurch folgendes an Eidesstatt:

Mein Vertreter, Dr. jur. Hans Strauss, hat mich darauf hingewiesen, dass die in meiner urspruenglichen Rueckerstattungsanmeldung 2 Wi K 799/52 (bezw. 2 Wi K 122/53) beschriebenen Gegenstaende nicht mit den in der Abrechnung des Auktionators Schluster aufgeführten uebereinstimmen. Ich bemerke hierzu folgendes:

Ich erinnere mich, dass mein verstorbenener Ehemann, Leo S. Wallerstein und ich die folgenden Bilder und Teppiche besaessen:

- 4
+
13
- 2
= 11
- (1). drei grosse Perserteppiche (einer davon sieben Meter lang)
 - (2). ein grosser Teppich, der moeglicherweise deutschen Ursprungs war,
 - (3). dreizehn Bruecken und kleine Teppiche.
 - (4). sieben Oelgemaelde:

- (a). von Grothe: Waldbach
- (b). Veidt: Winterlandschaft
- (c). Schuckardt: Flusslandschaft
- (d). Breith: Schafherde
- (e). Geigenberger: Staedtebild,
- (f). Strich-Chapel: Fruehjahrenslandschaft,
- (g). Senger: Bauernhof (Aquarell)

Von diesen Gegenstaenden sind das unter (4) (f) genannte Gemaelde sowie zwei Bruecken in unseren Besitz gelangt, das Gemaelde nach dem Krieg, die Teppiche bereits vor dem Krieg ueber England.

Von den genannten Gegenstaenden sollten saemtliche Teppiche und fuenf der Gemaelde in den spaeter in Hamburg versteigerten Lift, ein Gemaelde in den ueber Bremen versandten Lift verpackt werden.

Ich entsinne mich, dass waehrend des Packens festgestellt wurde, dass der Bremer Lift, der urspruenglich nur fuer die Sachen meiner Toechter vorgesehen war, nicht ganz voll war, so dass die Packer wahllos Gegenstaende, die fuer den Hamburger Lift bestimmt waren, mit hineinpackten. Ich weiss bestimmt, dass einige der kleineren Bruecken zum Ausfuellen von leeren Stellen benutzt wurden, da ich jedoch nicht ununterbrochen beim Packen zugegen war, kann ich nicht genau sagen, um wie viele es sich gehandelt hat. Beim Packen des Hamburger Lifts waren wir bereits in England.

Ich halte es fuer durchaus moeglich, dass auch ein weiteres Gemaelde in den Bremer Lift verpackt wurde.

Ausser dem unter (4) (f) genannten Gemaelde waren saemtliche Gegenstaende zur Ausfuhr aus Deutschland genehmigt.

57

An die Anschaffungswerte der genannten Gegenstaende kann ich mich nicht entsinnen.

Aus Aufzeichnungen meines verstorbenen Ehemannes geht hervor, dass er die Teppiche mit etwa 8,000.-, die Gemaelde mit etwa 6,000.- bewertete.

Ich bin mir ueber die Bedeutung einer Eidesstattlichen Versicherung bewusst und weiss, dass ich mich durch Abgabe einer falschen Eidesstattlichen Erklaerung strafbar mache.

New York, New York, U.S.A.
den 20 Juli 1954

Angelo R. Bollettieri

ANGELO R. BOLLETTIERI
COMMISSIONER OF DEEDS
NEW ROCHELLE, N. Y.
COMMISSION EXPIRES: 12/9/55

Elsa Wallerstein

Mrs. ELSA WALLERSTEIN

ES/at

Handwritten notes at the bottom of the page, including "Handwritten auftrag z. H. ...", "2/3 wo", and "3-1) at".

HANS STRAUSS
THIRTY PINE STREET
NEW YORK 5, N. Y.

WHITEHALL 3-2180
3-5998
CABLE ADDRESS: STRAYORK

1. Oktober 1954

Landgericht
Wiedergutmachungskammer
Hamburg



In Sachen

Wallerstein ./.. Deutsches Reich
2 WiK 799/52 (122/53)

erwidere ich auf die Verfügung vom 23. August dass die Antragstellerin, bzw. ihr Erblasser insgesamt drei Lifts aus Ulm abgesandt hat, naemlich zwei nach Hamburg und einen nach Bremen. Hinsichtlich des nach Bremen gesandten Liftvans ergibt sich alles weitere aus den anliegend ueberreichten Abschriften der Entscheidung des Landgericht, Wiedergutmachungskammer, Bremen vom 31. Januar 1951, bzw. des Oberlandesgerichts Bremen vom 27. Juli 1951 (OR 4060/50 (W) - 3 W 102/51).

Abschrift anbei.

HANS STRAUSS

HS/ah

1) Abschrift an Hof z. St. Bremen 2 Wo
2) 3 Wo

3.10.54
4.10.54
L.H.

5.10.54
Jg

Oberfinanzdirektion Hamburg

- W 36 - BV 414 -

Postanschrift: ② Hamburg 13, den 15. Oktober 1954
Hartungstraße 5
Tel.: 36 11 91, App. 586
Büro Wiedergutmachung:
Hamburg 13, Magdalenenstr. 64a

An das
Landgericht Hamburg
2. Wiedergutmachungskammer
H a m b u r g 36
Sievekingplatz (dreifach)



In der Rückerstattungssache
- 2 Wik/ 799/52 - 122/53 -

Wallerstein Deutsches Reich
Vertr.: RA. Dr. jur. ./.. (OFD Hamburg)
Hans Strauss

wird zum Schreiben vom 23.8.1954 und der eidesstattlichen Erklärung der Antragstellerin vom 20.7.1954 vorgetragen:

In Hamburg wurden nur die Gegenstände, wie sie in der mit Schreiben vom 4.2.1953 übersandten Abrechnung des Auktionators Schlüter bezeichnet sind, versteigert. Eine einwandfreie Klärung des Sachverhalts kann auch auf Grund der Darlegungen der Antragstellerin in ihrer eidesstattlichen Erklärung nicht erfolgen. Eine Beraubung der Lifts hat nicht stattgefunden, da die Abrechnung des Auktionators dann mit einem entsprechenden Vermerk versehen worden wäre.

Bei Einbeziehung aller Faktoren die s.Zt. bei diesem Entziehungsvorgang mitgewirkt haben mögen, ist die Oberfinanzdirektion in Abänderung ihrer Stellungnahme vom 10.3.1954 einverstanden, wenn die Ersatzpflicht des Deutschen Reichs in Höhe von 25.000,-Rm. festgestellt wird.

Einer höheren Ersatzpflichtfeststellung vermag die Oberfinanzdirektion nicht beizupflichten, da eine Regelung auf vorstehender Basis über die sonst in ständiger Rechtsprechung bei gleichgelagerten Fällen angewandten Bewertungsmaßstäbe hinausgeht.

Im Auftrag

(Sillem)

HANS STRAUSS
THIRTY PINE STREET
NEW YORK 5, N. Y.

WHITEHALL 3-12160
3-12222

CABLE ADDRESS: STRAYORK

NEW ADDRESS
62 WALL STREET
NEW YORK 6, N. Y.

Den 13. Januar 1955

TINA ABRAHAM

Landgericht

Hamburg

Wiedergutmachungskammer

In Sachen

Wallerstein gegen Deutsches Reich

2 WiK 799-52 (122-53-)

erwidere ich auf die Verfügung vom 20.10.1954:

- 1) Die Antragstellerin wäre wohl in der Lage, die Widersprüche, die in jener Verfügung angeführt sind, aufzuklären. Sie beruhen zum Teil darauf, dass ~~die~~ einzelnes in den Packlisten enthaltenen Gegenstände noch vor dem Abtransport der Lift herausgenommen und anderweitig aus Deutschland ausgeführt worden sind. Sie verzichtet jedoch auf diese Klarstellung im Hinblick auf den gegnerischen Vergleichsvorschlag im Schriftsatz vom 15.10.1954, in der Annahme, dass hierauf von der Gegenseite kein Wert mehr gelegt wird.
- 2) Namens der Antragstellerin erkläre ich hierdurch die Annahme des Vergleichsvorschlages des Deutschen Reiches dahingehend, dass die Ersatzpflicht des Antragsgegners Deutsches Reich wegen Entziehung von zwei Liftvans mit Inhalt im Werte von RM 25.000.- auf den Zeitpunkt des 25.8.1941 festgestellt wird, wobei sich die Regelung dieser Schadensersatzpflicht nach dem künftigen Bundesgesetz über die Rückerstattungsverpflichtungen des Deutschen Reiches richtet.
- 3) Falls die Kammer einen entsprechenden Beschluss erlassen will, kann derselbe ohne mündliche Verhandlung^{er} gehen. Ich bin aber auch mit Protokollierung eines Vergleichs einverstanden, wenn entweder
 - a) der Vergleichstermin im Frühsommer dieses Jahres stattfindet, oder, was vorzuziehen wäre,
 - b) ein Beamter der Geschäftsstelle in nachzureichender Unter-vollmacht bei der Protokollierung des Vergleichs vor der Kammer auftritt, damit nicht eine Verzögerung in der Beendigung des Verfahrens stattfindet. Ich kann erst im Frühjahr dieses Jahres nach Deutschland zurückkehren.

Abschrift anbei.

(Hans Strauss)

Vergleich ergänzt durch Protokoll vom 25.3.1955 (act. 81/82) 76

Landgericht Hamburg

(24a) Hamburg, den 4. März 1955

2. Wiedergutmachungskammer

Aktenzeichen:

2 Wik 799/52 verb. mit 2 Wik 122/53

VI/Z. 2715

VI/Z. 5235

Öffentliche Sitzung

verbundenen

In den - Rückerstattungs - Sachen -

Gegenwärtig:

~~Landgerichtsdirektor~~

~~Landgerichtsrat~~

Landgerichtsrat Faull

der Frau Elsa Wallersteiner
(jetzt Wallerstein),

885 West 2nd Avenue, New York 25, N.Y. USA.

Antragstellerin,

Bev.: Dr. jur. Hans Strauss p. Adr.
Rechtsanwalt Josef Gentil, Mannheim,

gegen

als ~~Einzelrichter~~

Luschei, JA.

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Freie
und Hansestadt Hamburg -Finanzbehörde-,
diese vertreten durch die Oberfinanzdirek-
tion Hamburg, Hamburg, Hartungstr. 5,
- W 36 BV 414 -

als Urkundsbeamter

der Geschäftsstelle

Antragsgegner,

erschienen bei Aufruf

1) Ausfertigung an Part.

2) Ges. Stille zur
weiteren Erledigung

Abg. 5. 11. 55

für Antragsteller Herr Berthold Scheller mit
Untervollmacht,

für Antragsgegner Herr Kröhn

Die Parteien schlossen folgenden

Vergleich :

2x abg. 1.1.
- 7. März 1955
(an Auftraggeber Vtr.
per H. Kröhn)

1. Die Parteien sind sich darüber einig, dass das
Deutsche Reich verpflichtet ist, wegen entzogener
2 Lifts Umzugsgut Ersatz zu leisten.

2. Die Parteien verpflichten sich, bei der nach Mass-
gabe der künftigen gesetzlichen Regelung der Reichs-
verbindlichkeiten zu bestimmenden Abgeltungssumme

davon

BFJ. befreit, d.
Sup. A'still ein nicht
zurückgefordert.
23/8.55 Kröhn

davon auszugehen, dass die Verbindlichkeiten des
Deutsches Reiches gegenüber der Antragstellerin ihrem
Nennbetrage nach

RM 25.000.--

betragen. Entziehungstag ist der 25. August 1941.

3. Die Parteien sind sich darüber einig, dass der fest-
gestellte RM-Betrag einem Wiederbeschaffungswert
abzüglich alt für neu von DM 25.000.-- entspricht.
4. Der Antragsgegner erkennt an, dass der Antragstellerin
der vorstehende Anspruch auf Grund des Art. 26 Abs. 2
REG. zusteht.
5. Dieser Vergleich ist davon abhängig, dass der Bundes-
finanzminister der Finanzen diesen Vergleich genehmigt.
6. Die Antragstellerin behält sich vor, von diesem Ver-
gleich binnen einer Frist von 2 Wochen zurückzutreten.

Vorgelesen und genehmigt.

Lamm

Sirch

Vermerk.

Zu Ziff. 5.): Nach der Erklärung des Vertreters der Oberfinanz-
direktion Hamburg, Herrn Sillem, ist dieser Vergleich nunmehr
endgültig und rechtswirksam, da es nicht mehr der Genehmigung
des Herrn Bundesfinanzministers nach neuerer Weisung bedarf
(siehe Protok.v.25.3.55 -Bl.81/82 d.A.-),

Zu Ziff. 6.): Der Bevollmächtigte der Antragstellerin hat mit
Schreiben vom 15.3.1955 (Bl.80 d.A.) erklärt, dass dieser Ver-
gleich nicht widerrufen wird.

Hamburg, den 16. April 1955

Vincke, Justizangestellter,
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

Verm.
1.) 1 Vergl. Entwurf mit Vermerk
und Begang. Protok. vom 25.3.55
verbunden an Bevollm. der Antragstellerin
abgegeben.
2.) 1 begl. Hschr. mit Verm. u. begang. Protok.
ggf. für Zentralamt.
H. D. D.